

einstimmig zugestimmt

Zu TOP 4 Bestätigung Schiffsführer und dessen Stellvertreter

Zur neuen Schiffsführerin wird Frau Rühr aus dem Sozialamt benannt. Frau Kernchen aus dem Gesundheitsamt fungiert weiterhin als Stellvertretende. Es gibt keine Einwände.

zugestimmt

**Zu TOP 5 Örtlicher Beirat gemäß § 18d SGB II - Berufung der Vertreter
Vorlage: 053/2019**

Die Benennungen lauten wie folgt:

SPD: Barbara Buhrke

DIE LINKE/ Piraten: Dr. sc Phil. Artur Pech

AfD: Bernhard Storek

CDU: Julia v. Stünzer

FDP/B-J-A/BVFO: wird nachgereicht

zugestimmt

**Zu TOP 6 Einführung der papierfreien Arbeit im Kreistag
Vorlage: 6/DIE LINKE/2019**

Herr Dr. Mühlberg erläutert den Antrag kurz und stellt sich anschließend den Fragen der Anwesenden. In der folgenden Diskussion kristallisiert sich ein grundsätzliches Einverständnis hinsichtlich der Einführung der papierlosen Arbeit heraus. Es müsse aber dem Einzelnen überlassen bleiben, ob er am Papier festhalten möchte oder nicht. Eine Hybridlösung wird mehrheitlich als sinnvoll angesehen. Auch müsse nicht jeder ein separates Gerät erhalten, sondern die technisch sichere Nutzung eigener bereits vorhandener Geräte solle überprüft werden. **Herr Dr. Mühlberg** präzisiert, dass es sich bei dem vorliegenden Antrag um die generelle Fragestellung handelt, ob die Einführung der papierfreien Arbeit im Kreistag befürwortet wird oder nicht und die spätere Ausführung im Detail noch offen bleiben soll. **Frau Lehmann** und **Frau Griesche** sprechen sich für eine Neufassung und Neueinreichung des Antrages aus. **Frau Heinrich** stellt den Antrag unter der Prämisse, dass es sich nur um eine Empfehlung handelt, zur Abstimmung. Anschließend geht sie zum nächsten Tagesordnungspunkt über.

Mehrheitlich zugestimmt

Zu TOP 7 Sachstandsbericht: schlüssiges Konzept zu den angemessenen Kosten der Unterkunft

Frau Zarling, Dezernentin für Jugend, Bildung, Soziales und Gesundheit, erläutert den Tagesordnungspunkt kurz. Sie stellt Herrn Bettin, Geschäftsbereichsleiter Grundsicherung, vor und übergibt das Wort an ihn. **Herr Bettin** erklärt anhand einer PowerPoint-Präsentation die Hinter-

gründe und Einzelheiten des Verfahrens zur Neufestsetzung der Angemessenheitswerte bei den Kosten der Unterkunft (PoierPoint-Präsentation in der Anlage).

Frau Freninez erwähnt, dass die Eisenhüttenstädter Gebäudewirtschaft die Mieten anheben werde und erfragt, ob dies eingeflossen sei. **Herr Bettin** führt hierzu aus, dass aufgrund des gesetzlich vorgeschriebenen Stichtages, welcher auf den 01.03.2019 festgesetzt wurde, keine genaue Berücksichtigung möglich sei. Aber dennoch sei eine pauschalierte Preisanpassung in die Kalkulation eingeflossen, da aufgrund der Kommunikation mit dem Unternehmen die geplante Mieterhöhung im prozentualen Umfang bekannt gewesen wäre.

Herr Passow möchte wissen, ob die rückwirkende Änderung der Werte zum 01.07.2019 für alle Leistungsempfänger relevant werde oder nur für jene, welche sich im Einspruchsverfahren befänden. **Herr Bettin** bestätigt, dass die rückwirkende Änderung für alle Leistungsempfänger gelten werde.

Frau Zarling fügt hinzu, dass die Werte auch auf der Internetseite des Landkreises veröffentlicht werden würden. Sie bittet darum, dass sich die Anwesenden zu Streitfällen an sie selbst oder Herrn Bettin wenden mögen.

Frau Heinrich erfragt, ob die Erstellung einer Richtlinie wie jene des Landkreises Märkisch-Oderland auch hier im Landkreis möglich sei. **Herr Bettin** nimmt die Anregung gern mit und sichert zu, diese Richtlinie in Augenschein zu nehmen und eine Übertragbarkeit zu prüfen, da eine größtmögliche Transparenz auch Zielstellung des Landkreises Oder-Spree sei. **Frau Zarling** ergänzt, dass die Angemessenheitswerte nicht nur für Empfänger von Leistungen nach dem SGB II, sondern auch nach dem SGB XII gelten würden.

Herr Dr. Mühlberg möchte wissen, ob die Angemessenheitswerte die Basis für alle rechtlichen Konflikte ist. Dies bestätigt **Frau Zarling**. **Herr Bettin** ergänzt hierzu, dass die erhobenen Rohdaten sogar mehrere Jahre aufgehoben und für die Gerichte vorgehalten werden müssten. **Herr Dr. Mühlberg** äußert den Eindruck, dass diese Werte nicht mit vertretbarem Aufwand ermittelt werden könnten. **Herr Bettin** erwidert hierzu, dass die Kreisverwaltung verpflichtet sei, selbständig ein Konzept zu erarbeiten und auf die Wohngeldtabelle zuzüglich 10 Prozent nur hilfsweise im Falle des Nichtstandhaltens des Konzeptes vor Gericht zurückgegriffen werden dürfe. Und selbst in diesem Falle müsse das Konzept dann nachgebessert werden und dürfe nicht weiterhin die Wohngeldtabelle angewandt werden.

Frau Heinrich bittet um Vorstellung des Konzeptes in der nächsten Sitzung.

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 8 Aktuelles aus der Verwaltung

Frau Zarling erklärt, dass momentan keine Neuigkeiten aus der Verwaltung zu vermelden seien und schlägt vor, dass sich die im Fachausschuss vertretenen Ämter in der nächsten Sitzung vorstellen. Dies wird sehr befürwortet. **Frau Stahl** fragt an, ob in der nächsten Sitzung die Integrationspauschale besprochen werden könnte und verweist auf eine ihr vorliegende Liste. **Frau Heinrich** bittet Frau Stahl und alle anderen Sitzungsteilnehmer um Zusendung der gewünschten Themen nebst relevanten Unterlagen und sichert zu, diese Themenwünsche dann mit Frau Zarling zu erörtern und wenn möglich auf die Tagesordnung zu setzen.

Frau Freninez erkundigt sich nach dem aktuellen Stand im Büro der Beauftragten. **Frau Zarling** erklärt hierzu, dass die Bewerbungsverfahren kurz vor dem Abschluss ständen und es in Kürze zu einer Entscheidung kommen werde.

Herr Hamacher erbittet, dass künftig der Tagesordnungspunkt Anfragen der Abgeordneten in die Tagesordnung aufgenommen wird. **Frau Heinrich** erklärt hierzu, dass dies grundsätzlich möglich sei, weist aber darauf hin, dass es sich dann um Fragestellungen handeln müsse, welche den Ausschuss und die vertretenen Ämter betreffen. **Frau Zarling** ergänzt diesbezüglich, dass sich die Abgeordneten zu Einzelfällen aber immer gern telefonisch direkt an die Amtsleiter oder sie als Dezernentin wenden könnten.

Frau Griesche erfragt den aktuellen Stand im Fuchsbau und zum Thema Rückführung. Hierauf erwidert **Frau Zarling**, dass der Fuchsbau durch den Landkreis weiterbetrieben werde. Bauplanerisch sei noch keine Sicherheit gegeben. Weiterhin erläutert sie, dass das Thema Rückführung bereits für die nächste Sitzung eingeplant sei.

Frau Bargenda fragt nach, was mit dem Objekt in der Langewahler Straße in Fürstenwalde geschehen wird und ob dort tatsächlich ein betreutes Wohnen für Familien eingerichtet wurde. Weiterhin möchte sie wissen, ob es wahr sei, dass die Verträge mit den Trägern, welche Wohnverbände betreuen, gekündigt wurden und ob es möglich sein könne, dass ein Asylbewerber zwei Gesundheitskarten hat. Hierauf antwortet **Frau Kaiser**, Leiterin des Amtes für Ausländerangelegenheiten und Integration, dass die Verwaltung, im Hinblick auf die sehr stark rückläufigen Zugangszahlen verpflichtet sei, die bestehenden Verträge zu prüfen und entsprechend anzupassen. Zum Thema Gesundheitskarte erklärt sie, dass das Vorhandensein doppelter Karten bislang nicht bekannt sei. Sollten allerdings vereinzelt Fälle auffallen, bittet Sie darum, dass auf sie zugekommen wird. Bezüglich der Langewahler Straße erläutert sie, dass die ursprünglich geplante Nutzungsänderung aufgrund des bestehenden Sanierungsbedarfes sowie der kapazitären Anpassung erfolgen sollte. Da die Bausubstanz aber sehr schlecht sei, musste die bisherige Kostenschätzung angepasst werden. Der Landkreis stünde nun vor einer Entscheidung zum weiteren Fortgang.

Frau Heinrich bedankt sich und verabschiedet die Anwesenden.

zur Kenntnis genommen

Rita-Sybille Heinrich

Vorsitzende des Ausschusses
für Soziales, Gesundheit und
Migration

Magrit Budai

Schriftführerin